K 20079 F

Lebensschutz-Informationen
LSI



Stimme des Gewissens

Herausgeber: COLLEGIUM HUMANUM Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V. und vom ehemaligen WSL-D

32. Jahrgang | Nr. 1 | Januar / Februar 2001

Wahrheit und Freiheit

„Von allem, was menschliche Konvention einführte, ist die Kunst wie die Wissenschaft losgesprochen, und beide erfreuen sich einer absoluten Immunität von der Willkür der Menschen. Der politische Gesetzgeber kann ihr Gebiet sperren, aber darin herrschen kann er nicht. Er kann den Wahrheitsfreund ächten, aber die Wahrheit besteht, er kann den Künstler erniedrigen, aber die Kunst kann er nicht verfälschen."

Friedrich Schiller

Zum neuen Jahrtausend

Nun hat es endlich richtig begonnen, das neue Jahrtausend und damit das neue Jahrhundert. Wurde das alte von manchen kritischen Denkern das „Jahrhundert der Lüge" genannt, entsteht nun die Frage: Wird dies neue ein Jahrhundert der Wahrheit werden?

Für zwei Völker wird die Wahrheitsfrage zunehmend zur Existenzfrage: für das deutsche und für das israelische Volk. Ihre Politik und verkündete Geschichte ist besonders eng mit der Lüge verknüpft worden, so eng und geschickt, daß die Lüge nun im Bewußtsein vieler Menschen sowohl im In- als auch im Ausland als die Wahrheit gesehen wird.

Immer neue Aufbrüche zur Wahrheitssuche werden vereitelt durch Verleumdungen und – demokratiewidrig – mit Hilfe von Gesetzen (Maulkorbgesetze nennt sie das Volk), doch verhindern lassen sie sich nicht. Es gibt immer neue Ansätze, so in Israel durch die jüngeren Geschichtsschreiber, Soziologen und Politologen, die sich „Neue Historiker" oder „Postzionisten" nennen. Sie bemühen sich u.a. um eine vorurteilslose Behandlung des Palästinenserproblems. Sie brechen ein Tabu, wenn sie fragen, ob die Palästinenser tatsächlich „freiwillig", wie es offizielle Lesart ist, das Land verlassen hätten, oder ob sie nicht mit Gewalt vertrieben worden wären, wodurch das Problem der 3,5 Millionen Palästinenserflüchtlinge entstanden ist. Nicht zuletzt auch um deren Rückkehr geht es in dem sogenannten „Friedensprozeß", für die Palästinenser ein entscheidender Punkt, für die Israelis nicht zur Disposition stehend.

Werden wir nicht an die 15 Millionen Ostvertriebene erinnert, die von Polen, Tschechen und Russen aus ihrem jahrhundertealten Siedlungsgebiet vertrieben wurden? Auch hier die gleiche Unnachgiebigkeit von Seiten der Vertreiber, indem behauptet wird, es handle sich um widerrechtlich von den Deutschen angeeignete Gebiete, die nun endlich wieder den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben worden wären; so wird es wahrheitswidrig dargestellt.

Aber auch in der deutschen Frage erhebt sich erneut die Wahrheitssuche. So jetzt in dem Buch von Helmut Schröcke: Kriegsursachen – Kriegsschuld, welches eine Fülle von zeitgenössischen Zitaten enthält, die nicht wegzudebattieren sind. Oder auch in den Enthüllungen eines Mitarbeiters der Gauckbehörde über die Stasimachinationen in der BRD. Auch hier wird die bisherige Geschichtsschreibung neu zu überprüfen sein. (Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik) Aus Amerika erklingt als Untertitel eines 2000 erschienenen Buches die

Frage: Wann endet das amerikanische Jahrhundert? Chalmer Johnson stellt im Titel seines Buches fest: Ein Imperium zerfällt. Zitat: „Auch wenn die Amerikaner größtenteils kaum wissen, was in ihrem Namen alles getan wurde und wird, werden sie für die fortgesetzten Bemühungen ihres Landes, die ganze Welt zu beherrschen, wahrscheinlich irgendwann – als Einzelperson und als Nation – einen hohen Preis bezahlen müssen". (S. 55)

Sind dies Anzeichen für ein Aufkeimen der Wahrheit? Es gäbe noch manch andere Beispiele.

Die Menschen, die sich nicht scheuen, Tabus zu durchbrechen und das von Ihnen als richtig Erkannte offen auszusprechen, bedürfen unseres Schutzes, unserer Unterstützung. Zulange haben zuviel Menschen um des lieben Friedens willen im Freundes- und Familienkreis, und erst recht in öffentlichen Zusammenhängen, geschwiegen, wenn ungeprüft übernommene und geglaubte Behauptungen als richtig Erkanntes dargestellt wurden. Christen zumindest dürften dem geistigen Kampf nicht ausweichen.

Wenn das neue Jahrhundert wirklich ein Jahrhundert der Wahrheit werden soll, dann bedarf es eines unerschrockenen Auftretens gegen die Lüge, wo immer sie uns gegeben scheint. Aber es muß ein ritterlich ausgetragener und mütterlich erwärmter Geisteskampf sein, wenn statt neuer Lüge und Ideologie die Wahrheit hervortreten soll, die Wahrheit, die uns frei macht.

Ursula Haverbeck

Anständige Bürger gegen Uranmunition!

Ist es Ablenkung oder Gipfel der Unverschämtheit, wenn unsere Politiker und Parteioberen zu einer Initiative „Anständige Bürger gegen Gewalt von Rechts" aufrufen, während diese gleichen Leute zusehen, oder sogar mitmachen, wenn ihre besten Freunde und Nato-Partner, die USA, Menschen und Umwelt radioaktiv verseuchen in verbrecherischen Kriegen.

In den Medien wird fast nur eine mögliche Gefährdung unserer Soldaten im Kosovo-Einsatz behandelt. Oberstleutnant Wilfried Conz sagt dazu: „In unserer Ausbildung ist stets darauf hingewiesen worden, daß man sich der Uran-Munition oder den damit beschossenen Zielen nicht ohne Schutzanzug nähern sollte." Ist die Zivilbevölkerung auch mit Schutzanzügen ausgestattet und gewarnt worden? Natürlich nicht.

Der Physiker und frühere US-Armee-Experte Doug Rokke war beauftragt, im Öl-Krieg die Entsorgung der Strahlenruinen durchzuführen. Er antwortete auf die Frage, ob sein Team, das 1991 im Einsatz war, an Spätfolgen zu leiden hatte: „Spätfolgen? Trotz Atemgerät und Schutzkleidung sind unsere Leute binnen einer Woche krank geworden. Wir bekamen Ausschlag und Atembeschwerden. Später folgten Nierenprobleme und acht, neun Monate danach gab es die erste Krebserkrankung. Nach zwei, drei Jahren starben die Ersten". Von den hundert im direkten Einsatz arbeitenden Leuten sind heute 20 bereits gestorben.

Im Kosovo verschoß die Nato rund 31.000 dieser Projektile. Rokke stellt fest: „Wir haben mutwillig und wissentlich ganze Landstriche verseucht; das ist ein Verbrechen gegen Gott und die Menschheit."

Die wirklich anständigen Bürger stehen gegen diese Verbrechen und die Täter auf.

UHW

(Zitate aus dem Spiegel 3/2001)

Leicht verschwindet der Taten Spur
von der sonnenbeleuchteten Erde,
wie aus dem Antlitz die leichte Gebärde.
Aber nichts ist verloren und verschwunden,
was die geheimnisvoll waltenden Stunden
in den dunkel schaffenden Schoß aufnahmen.
Es ist eine blühende Flur,
ein großes Lebendiges ist die Natur,
und alles ist Furcht, und alles ist Samen.

Friedrich Schiller

Der Bundesverband Deutschland im Weltbund zum Schutze des Lebens gedenkt seiner im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder, Freunde und Förderer. Sie standen, oft seit vielen Jahren, mit uns im Kampf zum Schutze des Lebens gegen die Atomenergie und die Atomrüstung, gegen die Lüge in der Politik, für eine menschengerechte Medizin, Ernährung und Pädagogik, für einen naturgemäßen Landbau und einen naturgemäßen Waldbau.

Kurt Schrobach, Raisdorf; Walter Brück, Oberhaching; Gisela Dick, Köln-Porz; Herbert Becker, Schwarmstedt; Theo Wink, Bad Aibling; Dr. Jürgen Bergmann, München; Hilde Maßmann, Hamburg; Friedrich Pappert, Offenbach; Dr. Arnold Neugebohrn, Bad Meinberg; Ernst Dickreiter, Stuttgart; Hermann Plöger, Detmold; Wilfriede Wilkens, Schiffdorf; Kurt Fahrenholz, Achim; Werner Übeleisen, Worms; Franz Lengemann, Fischerhude; Kurt Grundke, Beedenbostel; German Karg, Rielasingen; Helmut Rosner, Ettingen; Margarete Weiland, Borchen; Fr. Wilh. Claßen, Herford

Wir danken allen Verstorbenen für Ihren langjährigen Einsatz zum Schutze unserer Mutter Erde und all ihrer Geschöpfe. Den Angehörigen gilt unser Gruß und unser Mitgefühl in ihrer Trauer.

Ernst-Otto Cohrs

Dieser Ausgabe liegen Überweisungsträger bei. Wir bitten um Beachtung.

AUS DEM INHALT — Seite

Liebe Mitglieder und Freunde des Weltbund zum Schutze des Lebens - Deutschland!

Bei der diesjährigen Mitgliedgliederversammlung hatten der Vorstand und die erschienenen Mitglieder des WSL-D sehr schwerwiegende Entschlüsse zu fassen, die wir Ihnen hiermit zur Kenntnis geben. Sie sind uns allen nicht leicht gefallen. Immerhin haben viele von uns dreißig und mehr Jahre im Einsatz für den Schutz des Lebens zusammengearbeitet. Aber in dieser Zeit hat sich soviel verändert, daß wir uns einer gründlichen Überprüfung unserer Vereinstätigkeit nicht mehr entziehen konnten.

Sie werden es sicher auch längst wahrgenommen haben, daß der einst so rührige und große Weltbund nur noch ein kleiner Bund in Deutschland ist. Die internationale Stufe ist seit langem eingeschlafen. Der Name Welt-Bund ist daher wirklich nicht mehr angemessen.

Die Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland sind in der großen Mehrzahl alt geworden. Sie machten sich Anfang der sechziger Jahre als erste auf den Weg, um etwas zum Schutz der Natur und des Lebens zu tun. Beides war angesichts der mit ungeheurer Geschwindigkeit sich ausbreitenden Überindustrialisierung aufs äußerste gefährdet, insbesondere durch die Atomenergieprogramme der Industrieländer. Heute können wir sagen, nach nahezu 40 Jahren, daß der Aufbruch sich gelohnt hat und viel erreicht worden ist. Die noch in den siebziger Jahren als utopisch angesehenen Forderungen sind heute weitgehend Selbstverständlichkeiten:

In jeder Landwirtschaftskammer wird der ökologische Landbau ernst genommen und sogar Berater dafür eingestellt, fast alle Kommunen haben Kläranlagen, viele unserer Flüsse sind wesentlich sauberer geworden, die Gemeinden haben durchgehend einen Umweltbeauftragten, die Krankenkassen verteilen Ratschläge für eine gesunde Ernährung, und eine Vielzahl von Ernährungsberatern ist in Krankenhäusern, Schulen und Gemeinschaftsküchen tätig, es werden, mehr und mehr alternative Energiequellen genutzt, Sonne, Wind, Wärme-Kraft-Koppelung, und aus Raps wird Dieselöl gewonnen.

Damals wurden alle diese Vorstellungen belacht und behauptet, Lebensschützer wollten zurück in die Steinzeit. Natürlich wissen wir, daß dennoch längst nicht genug getan worden ist, bzw. die ökologische Entwicklung mit dem Ausbau der Industrie und des Verkehrsnetzes trotz allem nicht Schritt halten konnte. Ohne unsere Forderungen und ihre Berücksichtigung wäre aber wahrscheinlich das Ökosystem schon längst zusammengebrochen.

Aber dieser Erfolg bedeutet auch zugleich, daß wir heute keinen Nachwuchs mehr finden. Wer etwas für die Umwelt tun will, der wird Umweltberater, Ernährungsberater, Fachmann für alternative Landwirtschaft, Energie, Bautechnik usw. mit monatlichem Gehalt. Es bedarf daher keiner Bürgerinitiativen mehr. Was uns geblieben ist, ist lediglich die „Stimme des Gewissens", die einen ständig wachsenden Leserkreis erreicht.

Aber damit ist die Zielsetzung unserer Satzung nicht mehr erfüllt. Das fand auch das prüfende Finanzamt und sah sich daher veranlaßt, dem Weltbund die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Das war für uns nicht überraschend. Die Diskrepanz zwischen dem umfangreichen Satzungsziel und unserer gegenwärtigen Arbeit ist zu offensichtlich. Daher hatten wir schon vor der Prüfung überlegt, ob wir den Weltbund mit der Akademie für Umwelt und Lebensschutz, dem COLLEGIUM HUMANUM, zusammenlegen sollten. Der Verein COLLEGIUM HUMANUM mit seinem Vereinshaus ist bereits seit 1972 Mitglied im Weltbund und hat in der Vergangenheit eine Vielzahl von Seminaren für den Weltbund durchgeführt. Hier werden auch alle Ziele des WSL seit langem vertreten. Nach genauen Ermittlungen, wie eine solche Fusion realisierbar sein könnte, sind wir, auch nach der Beratung durch die Beamten des Finanzamtes, zur Erkenntnis gekommen, daß nur eine Auflösung des Weltbundes möglich ist, und eine Überführung seines Vermögens an die Bauernhilfe des WSL-D, die erfreulicherweise vom Finanzamt weiterhin als gemeinnützig anerkannt wurde. In der 1987 verabschiedeten Ergänzung zu unserer Satzung wird ausdrücklich gesagt, daß bei Auflösung des Weltbundes die Mittel an eine für den ökologischen Landbau tätige Einrichtung fallen sollen.

Für Sie als Leser unserer Zeitung „Stimme des Gewissens" wird wahrscheinlich am wichtigsten sein, zu erfahren, ob und wie die Zeitung weitergeführt werden kann. Es war die einhellige Meinung nicht nur der Anwesenden, sondern auch vieler, die uns geschrieben haben, daß die Zeitung unbedingt weiter existieren solle. Das wurde von der Mitgliederversammlung auch so beschlossen. Sie wird in Zukunft vom Verein COLLEGIUM HUMANUM e.V. herausgegeben werden. Frau Klinksiek-Jonigkeit betreut und verwaltet diesen Sektor der Arbeit weiterhin selbständig, und das Ihnen bekannte Konto bleibt erhalten unter dem Kennwort „Stimme des Gewissens" mit der alten Kontonummer als Sonderkonto des Vereins COLLEGIUM HUMANUM für die „Stimme des Gewissens". Wir wäre Ihnen daher dankbar, wenn Bezieher und Leser unserer Zeitschrift ihre finanzielle Unterstützung unserer Arbeit wie bisher fortsetzen und ihre Spenden bzw. Beiträge auf dieses Konto weiterhin überweisen.

Alle Mitglieder und bisherigen Bezieher der „Stimme des Gewissens" werden wir als fördernde Mitglieder des Vereins COLLEGIUM HUMANUM betrachten, die

weiterhin die Zeitschrift zugeschickt erhalten und auch über Veranstaltungen der Lebensschutzakademie informiert werden.

Ernst-Otto Cohrs wird weiterhin die Redaktion der Zeitung fortführen und ist nach wie vor dankbar für Einsendungen wichtiger Informationen, die er gerne all unseren Lesern zur Kenntnis geben wird. Wir bitten nur darum, die gesetzlichen Auflagen zu beachten.

Bei der ersten Tagung im Februar des Jahres (siehe Programmeindruck) wird eine außerordentliche Mitgliederversammlung des COLLEGIUM HUMANUM durchgeführt, bei der der endgültige Vorstand gewählt wird. Vom WSL haben sich Ernst-Otto Cohrs und der Schatzmeister Kurt Langenbruch bereiterklärt, in einem gemeinsamen Vorstand mizuarbeiten. Damit wäre die Kontinuität unserer Arbeit gewahrt, und Sie können sicher sein, daß der Lebensschutz weiterhin verstärkt Beachtung finden wird. Wobei allerdings wie bisher im Weltbund unter Lebensschutz nicht nur der Schutz von Pflanzen und Tieren verstanden wird, sondern auch der Schutz von Menschen und Völkern.

Abschließend bleibt nur noch, Ihnen allen für Ihre treue Unterstützung und Förderung des Weltbundes durch die vielen Jahrzehnte herzlich zu danken. Ohne diese Unterstützung und das nicht abnehmende Interesse an der Arbeit wäre eine Auflösung des Verbandes schon längst notwendig geworden. Wir hoffen, daß Sie dieser Lösung zustimmen, sie als die bestmögliche, wie wir, betrachten, und dem dadurch erweiterten Verein COLLEGIUM HUMANUM als fördernde Mitglieder oder als interessierte Leser weiterhin die Treue halten. Die Aufgaben, die zu bewältigen sind, haben leider nicht abgenommen, sich nur verlagert, sind aber auf diesem veränderten Sektor noch bedrohlicher für den Fortbestand der Völker und der Persönlichkeit geworden.

Mit besten Grüßen, und in der Hoffnung auf eine weitere gute Zusammenarbeit

Ernst-Otto Cohrs
Präsident

Ursula Haverbeck-Wetzel
stellvertretende Vorsitzende

Links zu sein, wie rechts zu sein, ist eine der zahllosen Manieren, die der Mensch erwählen kann, um geistesschwach zu sein. Beide sind in der Tat Formen der halbseitigen moralischen Lähmungen.

Ortega y Gasset
spanischer Philosoph (1883 - 1955)

Zu einem untrüglichen Anzeichen für den Niedergang des Umerziehungsapparats entwickelte sich die politische Ausschlachtung eines Badeunfalls im sächsischen Sebnitz. Wer könnte noch daran zweifeln, daß der „Kampf gegen Rechts" die normalen Maßstäbe zerbricht und die Gutmenschen ins Delirium treibt. Das Publikum sieht jetzt klarer: Es herrscht Krampf gegen Rechts.

Hans Schmidt, der Herausgeber des „USA-Berichts", hatte einen feinen „Riecher", als er schon im Juli d. J. dem Bewerber Bush die besseren Aussichten auf die US-Präsidentschaft gab. Er ahnte, daß verborgene Absichten diesen unauffälligen Mann an die Spitze bringen würden. Das knappe Wahlergebnis hat seine Vermutung unverhofft noch gewichtiger werden lassen, weil sein diesbezüglicher Verdacht nun öffentlich geäußert wird. Die Presse spricht von bedrohter Demokratie, vom Niedergang des Präsidentenamtes zugunsten versteckter Kräfte. Von Parteilichkeit der Justiz ist die Rede und von möglichen Rassenkonflikten. Hans Schmidt sieht in den USA folgenschwere Entwicklungen heraufkommen, wofür das blamable Präsidentenhickhack nur eines von vielen Anzeichen ist. Zur Erinnerung: Washington ist für Berlin, was Moskau für Pankow war!

Die Serie der Systempannen ist lang. Ein vorderer Rang hätte dem BSE-Skandal gebührt, der letztlich auf das Konto der Globalisierung geht. Die Folgen der Privatisierung und die Auswüchse der Fusionen gehören auch dazu. Der Krebsschaden des Systems ist der Vorrang des Geldprinzips, und sein Hintergrund ist die Mißachtung der naturgemäßen Ordnung.

Je mehr die Pannen sich häufen, desto schärfer werden die Herrschenden gegen Kritiker vorgehen. Der Umgang mit den Machtmitteln ist das einzig Bewundernswerte an ihnen.

> **„Wer das Undenkbare nicht denkt, kann die Beziehung zur Realität verlieren. Er verkürzt die Perspektive."**
>
> Herbert Kremp
> Chefredakteur der Zeitung DIE WELT

Offener Widerstand ist deshalb Kraftverschwendung. Die herrschenden Mächte verbrauchen und verbraten sich selbst, weil sich ihnen - wie dieses Jahr gezeigt hat - der Geist entzieht.

Der Zuruf lautet heute:

- **Unsichtbar werden!**
- **Beobachten, die Zeichen erkennen!**
- **Wissen mehren und unter Freunden verbreiten!**
- **Den Duft der Freiheit nicht vergessen!**

Hermann Bauer

Lebe im Heute!

**Lebe im Heute und spüre
den waltenden Kräften nach,
die aus der Tiefe aufsteigen!
Neuland ist jede Zeit.
Zukunft gewinnt nur der Tätige,
der sich bekennt und sein Sein
als einen Auftrag begreift,
unverwechselbar ihm nur gegeben.
Gestern und Heute und Morgen
sind Inseln des Lebens.
Du aber treibst nun im Strom.
Packe das Steuer, wage
sicher und still deinen Weg
von Insel zu Insel! -
Groß ist das Leben und schön
dem, der es liebt,
dem, der es wandelt -
wie der Meister den Ton -
in schaffender Lust aus sich selbst
täglich aufs neue!**

Hans Bahrs

Rudolf Steiner zur überstaatlichen Machtpolitik, im März 1919 (GA 190)

„Niemals kann es sich darum handeln, eine Weltbürokratie einzurichten, durch die ganz gewiß die freie Initiative der geistigen Fähigkeiten ausgeschaltet wird! Diese Weltbürokratie, die das Ideal der Trotzkis und Lenins ist, die würde selbstverständlich den sozialen Organismus zum Verhungern bringen. Was Wunder, daß gegenwärtig die Menschen auch wieder daran denken, einen „Überstaat" zu gründen, den Völkerbund mit einem Überparlamente. Nun, „Überstaaten", „Überparlamente", begründen, das ist so recht ein Zeichen dafür, daß die Menschen nicht herausschlüpfen mögen aus den alten Denknetzen, daß sie drinnenbleiben mögen in diesen alten Denknetzen. Während man den einzelnen Staat zerklüften muß in seine drei Glieder, wollen die Menschen das Gegenteil. Sie wollen die ganze Erde zu einem einzigen großen Staat zusammenschweißen. Sie wollen das Gegenteil von dem, was in den Entwicklungskräften der Zeit begründet ist. Deshalb sollte gerade derjenige, der im Geisteswissenschaftlichen drinnensteht, wirklich einsehen und es auch überführen in sein Wollen, daß ein starkes Anstürmen notwendig ist gegen dasjenige, was heute noch in der ganz entgegengesetzten Richtung geht. Dieses Anstürmen ist notwendig. Das muß man sich immer wieder und wiederum sagen."

Die ungeschriebenen Gesetze und Zwänge der Natur werden letztlich dasjenige Volk belohnen, das sich allen Widerwärtigkeiten zum Trotz erhebt, um gegen Ungerechtigkeit, Lügen und Chaos anzukämpfen.

Das war stets so in der Geschichte, und so wird´s immer sein.

Weder uns noch unseren Nachkommen wird dieser Kampf ums Überleben erspart bleiben.

Immanuel Kant

Die Identität des Deutschen Volkes

Seminar der Deutschen und Österreichischen Burchenschaften zum Thema „Demographischer Wandel" am 22. Januar 2000 in München

Wenn wir den Zustand der BRD heute betrachten, dann erblicken wir nur Trümmerhaufen. 1983 versprach Kanzler *Kohl* bei Regierungsantritt, den von den Sozis hinterlassenen Augiasstall auszumisten, aber es geschah nichts. Daß die Mißstände falsche, insbesondere wissenschaftlich falsche Weltbilder zur Ursache hätten, wurde damals ausgesprochen. Kohl versprach eine ethische Wende, aber diese blieb aus. Er war vom B'nai B'rith in New York schon vorher zu Reden eingeladen worden, und auf bohrende Fragen reagierte er mit juristischen Verfolgungen. Aber er erhielt von dort zwei goldene Orden.

Heute geht es als eine Folge dieser Mißstände um den ethnischen Bestand unseres Volkes. Wenn Begriffe wie „Volk, Völker" falsch interpretiert werden und daraus wieder falsche juristische Entscheidungen folgen, dann entsteht das, was wir heute vorfinden. Es ist also das Allerwichtigste, als Grundlage ein wissenschaftlich richtiges Weltbild zu finden und dieses allem weiteren zugrunde zu legen. Hier sind aber Wissenschaften angesprochen, welche außerhalb des Bereiches der Geisteswissenschaften, der Rechtswissenschaften wie der Wirtschaftswissenschaften liegen. Die Politiker haben eben zumeist keine naturwissenschaftliche, biologische und insbesondere humanbiologische Ausbildung. Daß die sozialistischen, grünen und liberalistischen Weltbilder falsche Eingangsvoraussetzungen haben und damit für weite Bereiche falsch sind, ist offensichtlich: Eine dieser falschen Voraussetzungen wird uns noch etwas beschäftigen. Aber die Weltbilder der C-Parteien liegen auch dicht daneben.

Von den meisten Vertretern der Nichtnaturwissenschaften wird bezüglich der Stellung des Menschen zur Natur gesagt, er stehe mit Denkvermögen, Sprache, Bewußtsein und Willensfreiheit außerhalb und über der Natur. Darauf gibt bereits die Aids-Demenz, die nach Abbau des Gehirns einen liquorerfüllten Gehirnraum hinterläßt, eine klare Antwort. Mit Fortschritt des Gehirnabbaues verschwinden oben genannte Bereiche, d. h. diese sind auch Teile der Gesamtnatur. Und bis zum Einzeller gibt es fast stufenlose Abnahmen dieser Lebensäußerungen. Wenn z. B. nachts eine Katze die Mäuse beim Spazierengehen registriert, die sie in vierzehn Tagen fangen will, so macht sie auch weiter nichts als das, was einen Teil der Arbeit eines Wissenschaftlers ausmacht.

Wir wollen nun versuchen, die Definition des Begriffes „Volk" zu finden. Es geht hier um eine kurze und treffende Definition, auf die sich jeder berufen können sollte und nicht um langatmige Handbuchfüllungen.

Infolge des höchsten denkbaren Prinzips, des Zusammenwirkens aller Naturgesetze in Raum und Zeit hat die Evolution des Weltalls hier auf unserem Globus seit 3 Milliarden Jahren das Leben vom Einzeller an bis zum *Homo sapiens* entwickeln können. Die Evolution arbeitet mit der Konstanz des Erreichten durch dessen genetische Weitergabe und mit *Darwin* an dessen langsamer Veränderung grob gesagt durch Selektion und Mutation. Die Entwicklung geht vom Einfachen zum Komplexen, aber niemals rückwärts. Es werden immer neue Unterschiede und Hierarchien geschaffen. Die Gesamtnatur ist in unendlicher Vielfalt hierarchisch und nirgends basisdemokratisch aufgebaut.

Die Genetik ist als die Grundlage aller Erscheinungsweisen des Lebens das Wichtigste. Und da das Leben nach Einzellern an nur kurze Zeit lebende Individuen gebunden ist, weiß man seit der Entdeckung von Erbgesetzen durch Mendel, daß deren Konstanz von der Genetik fixiert durch Vererbung weitergegeben werden muß. Daß auch die nichtkörperlichen Eigenschaften durch Vererbung weitergegeben werden und genetisch fixiert sind, weiß man aus Forschungen über eineiige Zwillinge, die genetisch gleich sind. Der anfangs linkslastige Physiker Professor *Hoimar Ditfurth* arbeitete eine Zeitlang in einer solchen Forschergruppe in den USA und schloß dann, daß nun die Milieutheorie widerlegt ist – Ehre seinem wissenschaftlichen Ethos.

Die Milieutheorie ist eine der falschen Eingangsvoraussetzungen der Ideologien vom Liberalismus bis hin zum Alt- und Neomarxismus. Die Milieutheorie behauptet, daß alle nichtkörperlichen Eigenschaften nicht erbgebunden sind, sondern von außen, von der Umgebung, bestimmt werden. Also, man könne bei nur richtiger Ausbildung aus jedem einen *Mozart* machen oder: Nicht der Verbrecher, sondern die Gesellschaft ist schuld. Darauf beruht das gesamte Erziehungs- und Schulkonzept dieser Ideologien, also auch die Gesamtschule. Was allein dadurch für nicht reparable Schäden entstanden, kann hier nicht ausgebreitet werden. Heute findet durch diese Ideologien eine grandiose Wertzerstörung statt. So behaupten sie, die westliche Demokratie sei

die Endlösung aller politischen Entwicklung.

Heute weiß man, daß die nichtkörperlichen Eigenschaften als Potenzen vererbt werden, ein *Mozart* oder ein *Gauß* fallen so nicht vom Himmel, genetisch vorhandene Anlagen müssen ausgebildet werden.

Die Untersuchung des Verhaltens als Teil der nicht körperlichen Eigenschaften ergab, daß hier vieles erblich vorgegeben ist. *Konrad Lorenz* schrieb: *"...daß eine unendliche Zahl von Struktureigenschaften menschlichen Verhaltens und Innenlebens ihr So- und Nicht-anders-sein dem historisch einmaligen Gang der Phylogenese (- also der Evolution -) verdankt und ohne Einsicht in deren Zusammenhänge schlechterdings unverständlich bleiben muß. Für die sozialen Verhaltensnormen des Menschen gilt dies im besonders hohem Maße, weil sie mehr als andere an erbliche arteigene Aktions- und Reaktionsweisen gebunden sind."* Es ist leicht verständlich, daß die Begriffe Eigentum, Grundbesitz, Heimat von Nomaden anders formuliert werden als von Bauern und in den Wertordnungen beider verschieden rangieren. Dazu gehört z.B. der bei höheren Lebewesen und dem *Homo sapiens* ausgeprägte Territorialtrieb, das Bestreben für abgegrenzte Gemeinschaften, abgegrenzte Gebiete zu besitzen, was zur naturrechtlichen Begründung von Nationalstaaten im Sinne von Volksstaaten führt. Professor *Karl Steinbuch,* der Informatiker, schrieb, im gesunden Menschenverstand sind die Erfahrungen vieler Generationen angehäuft. Der gesunde Menschenverstand weiß schon immer, daß sich Eigenheiten auch ganz nebensächlicher Art vererben. So ist das Sozialverhalten von Nomaden von dem ortsgebundener Bauern eben verschieden. Aber oberflächlich können Verhaltensweisen beeinflußt werden – siehe die Umerziehung des deutschen Volkes seit I945 – und die erblich vorgegebenen Anlagen müssen wieder durchschlagen, wenn die äußeren Beeinflussungen wegfallen. Das ist entscheidend bei der sogenannten „Integration" von Ausländern. Sie kann auf Dauer um so schlechter gelingen, aus um so fremderer Herkunft sie sind. Daß das, wie von *Geißler, Lafontaine* und *Süßmuth* angenommen, keine Bereicherung ist, sehen wir sogleich bei weiterer Betrachtung der Genetik.

Die Genetik entwickelt nun mit der Rekombination und anderen Möglichkeiten bei der geschlechtlichen Vermehrung eine außerordentlich grobe Variabilität um einen Mittelwert bzw. ein Maximum in der Verteilungskurve von meßbaren Merkmalen nach der Gauß'schen Fehlertheorie (siehe 10-DM-Scheine). Damit sind wir bei den Gemeinschaften gleichartiger Lebewesen. Der große Biogenetiker *Ernst Mayr* formulierte: *„Die Verdrängung des typologischen Denkens durch das Populationsdenken ist vielleicht die größte begriffliche Revolution, die in der Biologie stattgefunden hat."* In abgeschlossenen Gemeinschaften mit guter genetischer Durchmischung streuen die Meßwerte nach Art der Gauß'schen Fehlerverteilung. Am anschaulichsten wird das mit der Verteilung der Körpergrößen deutlich. Extreme, also hier ganz große und ganz klein gibt es in kleinsten Zahlen. Mit diesen muß jede Population leben, aber sie müssen in die Schranken verwiesen werden, sie dürfen nicht wie heute bei uns die große Mitte terrorisieren.

Daß sich unterschiedliche Populationen, bei *Homo sapiens* Völker, in den Verteilungskurven und in der Lage ihrer Maxima unterscheiden, ist eine Folge der Evolution. Ich zitiere wieder *Konrad Lorenz: „Wenn eine Population gleichartiger Tiere für immer in 2 Teile zerlegt wird, so verläuft die weitere Entwicklung in verschiedenen Richtungen. Die Zufälligkeit der Erbvorgänge reicht allein aus, um 2 Populationen, die nicht miteinander im Genaustausch stehen, voneinander verschieden werden zu lassen."* Diese Verschiedenheiten entwickeln sich bis zu einer Grenze der Austauschmöglichkeiten der Gene. Dann ist eine neue biologische Art entstanden. In der Art *Homo sapiens* entstanden nun seit etwa 1 Million Jahren oder auch mehr die verschiedenen Großrassen und darin die Völker. Die Völker sind also die Vorbedingung zum Fortgang der Evolution beim *Homo sapiens*!

Die Völker auch aus der gleichen Großrasse haben unterschiedliche Verteilungskurven meßbarer Merkmale. Ein Teil der nichtkörperlichen Eigenschaften wurde nun mit dem IQ meßbar. In den USA ergaben statistisch abgesicherte Großuntersuchungen, daß der Mittelwert des IQ in den Großrassen abgestuft ansteigt, von den Indianern über Neger, Südamerikaner, Südeuropäer bis zu Nordeuropäern und Ostasiaten und darüber noch den Juden. Das hat natürlich rassistische Stürme erregt, aber alle Einwände wurden berücksichtigt. Diese Feststellungen haben nichts mit Wertungen zu tun und die Abstufungen können bei anderen Merkmalen ganz anders sein. Aber diese Stürme aus eben der oben bereits genannten ideologischen Seite führten 1972 zu der Erklärung von 50 nichtdeutschen Wissenschaftlern einschließlich von 5 Nobelpreisträgern: *„Gegenwärtig müssen wir erleben, wie man versucht, Wissenschaftler zu unterdrücken, zu zensieren, abzustrafen oder persönlich zu verunglimpfen, welche die Rolle der Vererbung im menschlichen Verhalten betonen. (z B. bezeichnet man Wissenschaftler als Faschisten). Ein Großteil der Angriffe kommt von Nichtwissenschaftlern, die völlig auf eine mileutheoretische Erklärung aller menschlichen Unterschiede eingeschworen sind."*

Aber die Diktatur dieser One-World-Ideologen geht heute bei uns in Richtung der Zerstörung unseres Volkes. Aus welcher Ecke das primär kommt, wurde schon um 1920 vom Hochgradfreimaurer *Coudenhove-Kalergie* ausgesprochen: *„Für Paneuropa wünsche ich mir eine eurasisch-negroide Mischrasse".* Diese kann man heute an den Reklametafeln sehen als Werbung für die doppelte Staatsbürgerschaft.

Kehren wir zur Wissenschaft zurück. Die Entstehung von abgegrenzten Völkern hat die Ausbildung von Sprachen zur Folge und als weitere Folge des verschiedenen genetischen Potentials entstanden verschiedene Kulturen, Religionen, aber auch verschiedene Wertordnungen. Aus den verschiedenen Wertordnungen folgen wieder verschiedene Rechtsordnungen und daraus wieder verschiedene Staatsordnungen. Die westliche Einheitsdemokratie entspricht also weder den Eigenheiten der Völker noch ist sie die Endlösung, die Evolution ist auch hier keineswegs zu Ende. Aber diese Eigenheiten auszubilden, ist heute als Rechtsanspruch des Selbstbestimmungsrechtes *ius cogens* geworden.

Von der Genetik her kann man auch zu den von den One World-Ideologien gewünschten Völkervermischungen etwas aussagen. Alle in die Mischung eingebrachten Gene bleiben erhalten. Die Verteilung der Merkmale dehnt sich aus, die primären Verteilungskurven überlagern sich und die Extreme werden immer extremer, deren Anteile werden immer größer und die Mitte nimmt in ihrem Anteil immer mehr ab. Auseinandersetzungen zwischen den dann vorherrschenden Extremen sind vorprogrammiert. Es tritt also kein mittlerer Ausgleich ein. Aber mit *Geißler, Süßmuth* und *Lafontaine* sind das Bereicherungen.

Die Genetik hält aber für Vermischungen einen Selbstreinigungseffekt bereit. Da im Genom alle Genkomplexe aufeinander angepaßt sein müssen und bei Vermischungen nicht angepaßte aufeinandertreffen, müssen sich solche nicht angepaßten gegenseitig eliminieren. Das ist m. W. aber vorläufig nur eine Hypothese.

Wir können nun den Begriff „Volk" definieren:

Völker sind genetische Gesamtheiten und deshalb Abstammungs- und Vererbungsgemeinschaften für körperliche wie nichtkörperliche Eigenschaften mit Gesamtunterschieden von Volk zu Volk, wobei die genetischen Unterschiede bei ungestörter Entwicklung zu verschiedenen Sprachen, Kulturen und Wertordnungen führen.

Die genetischen Verteilungen sind also das Primäre und das, was in den Lexika steht von Zusammengehörigkeitsgefühl, Sprache, Kultur und Geschichte sind die Folgen davon.

Um das zu belegen, könnten Biologen wie *Darlington, Eysenck,* der schon zitierte *Ernst Mayr* aber auch die jüdische Anthropologin *Salcia Landmann* angeführt werden. Es soll hier nur einer zitiert werden, nämlich *Friedrich der Große,* der das alles intuitiv voraus gewußt hat, trotz der gegenteiligen Egalisierungstendenzen der Aufklärung, die beim Habsburger *Josef II.* zur Aufhebung von volksschützenden Autonomien wie der der Siebenbürger führte. Der große Friedrich schrieb:

„Jedes Volk hat seinen Charakter. Es kann durch das größere oder geringere Maß der Erziehung das ihm zuteil wird, wohl verändert werden, aber niemals verschwinden seine Grundzüge. Es wäre leicht, diese Auffassung durch Belege der Natur zu stützen. Es folgt also, daß man niemals die Natur zwingen konnte, große Männer hervorzubringen, wenn sie es verweigerte. Gewisse vorhandene Laster und Tugenden wird jedes Volk stets behalten. Der Herrscher kann seinem Volk einen gewissen Bildungsfirnis geben. Er kann die Beachtung der Gesetze erzwingen und die Wissenschaften auf eine bescheidene Höhe bringen. Aber nie wird er das Wesen der Dinge ändern. Einzig die vollständige Zerstörung eines Staatswesens und seine Neubevölkerung mit fremden Ansiedlern können nach meinem Dafürhalten den Geist eines Volkes von Grund auf ändern. Aber man sehe sich vor, das wäre nicht mehr das gleiche Volk."

Daß das Volksbewußtsein immer noch unbewußt oder bewußt verankert ist, beweist eine Umfrage des *„Allensbacher Institutes"* vor einigen Jahren. Auf die Frage: *„Gibt es so etwas wie einen Volkscharakter?"* antworteten 80% der befragten „Wessis" und 84% der befragten „Ossis" mit „Ja". Andererseits führte 1981 bei der Formulierung des Heidelberger Manifestes durch Fachwissenschaftler - es wird heute als „rassistisch" bezeichnet - ein Mitglied der *„Deutschen Bevölkerungswissenschaftlichen Gesellschaft"* an, das deutsche Volk sei ein nicht erhaltungswürdiger Mischmasch aus Germanen, Kelten und Slawen. Dazu konnte anthropologisch festgestellt werden, daß im Westen bei der Zurückdrängung der Kelten sich die Germanen bis zur damaligen Sprachgrenze nicht mit den Kelten vermischten, und daß die bis zur Saale und Elbe nach Westen gekommenen Slawen sich nicht von Germanen unterschieden und russische Vorgeschichtler vor 10 Jahren feststellten, die Urslawen sind germanischer Abkunft. Damit ist das deutsche Volk das einzige größere Volk der indogermanischen Völkerfamilie, das bis 1945 fast unzerstört erhalten blieb, heute aber nach dem Willen der Sieger und ihrer deutschen Kollaborateure beseitigt werden soll. Ob das alles verfassungsgemäß ist, hat in den Medien und bei den Politikern noch niemand gefragt. Zunächst ist die Verleihung von Doppelstaatsbürgerschaften eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, da Ausländer auf diese Art zwei Verfassungen mit Loyalitäten verpflichtet sind und sich nach ihrem Dafürhalten die jeweils bessere Rechtslage heraussuchen können.

Es ist aber zu fragen, ob generell die Einbürgerung von Nichtdeutschen verfassungsgemäß ist. Das Grundgesetz wendet sich nicht an einen Vielvölkerstaat, wie es die UdSSR war oder die USA sind, sondern nur an das deutsche Staatsvolk. Mit dem Wegfall des Begriffes Deutsches Volk aus dem Grundgesetz oder der ethnischen Veränderung des deutschen Staatsvolkes wird das Grundgesetz obsolet. Der Begriff Deutsches Volk besitzt daher im Grundgesetz die sog. Ewigkeitsgarantie, er kann auch nicht mit qualifizierter Mehrheit geändert oder beseitigt werden.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschied 1987, „... daß das Grundgesetz vom Fortbestand des deutschen Staatsvolkes ausgeht... Es war die politische Grundentscheidung des Parlamentarischen Rates, nicht einen neuen („westdeutschen") Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz als Reorganisation eines Teilbereiches des deutschen Staates – einer Staatsgewalt, seines Staatsgebietes, seines Staatsvolkes – zu begreifen. Dieses Verständnis der politischen und geschichtlichen Identität der Bundesrepublik Deutschland liegt dem Grundgesetz zugrunde. Das Festhalten an der deutschen Staatsangehörigkeit in Art. 116 Abs. 1 GG und damit an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck dieses Verständnisses und der Grundentscheidung.

Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten. Die im Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes enthaltene Wahrungspflicht gebietet es auch, die Einheit des deutschen Volkes als des Trägers des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechtes zu bewahren." (BVerfG 1987).

Das bedeutet, wenn die Einheit des deutschen Volkes durch polyethnische Veränderungen nicht mehr gewahrt

ist, erlischt auch sein Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht. Verfassungswidrig sind damit nicht nur das gesamte bisherige Ausländerrecht, soweit es Einbürgerungen von Nichtdeutschen und ihre Aufenthaltsrechte anbelangt, sondern auch die im Zuge der EG-EU-Diktatur übernommenen Freizügigkeiten, Aufenthalts- und Niederlassungsfreiheiten von EU-Bürgern sowie deren Wahlberechtigungen in der Bundesrepublik. Darauf, daß verfassungswidrig zuerkannte Staatsbürgerschaften auch wieder aberkannt werden können, hat der Staatsrechtler *Prof. Ziemske,* Universität Erlangen-Nürnberg, hingewiesen. Nicht verfassungswidrig wären allein die Regelungen in der DDR mit dem Rotationsprinzip gewesen, d.h. der Rückkehr nach Ablauf der Zeitverträge sowie dem Verbot des Familiennachzuges. So gelang es in der DDR auch mit der Familienförderung, die deutsche Identität bis zur Bevölkerungskonstanz weit besser zu bewahren als in der Bundesrepublik.

Mit der durchgeführten Unterschriftsaktion der CDU/CSU gegen die Doppelstaatsbürgerschaft, welche die Siege in den Landtagswahlen zur Folge hatte, wird aber als Ziel die „Integration" der Ausländer genannt. Das ist höchstens graduell von den rot-grünen Absichten verschieden. Die Integration ist zudem gegen den Anspruch der zu Integrierenden auf die Erhaltung ihrer Identität gerichtet und verzögert die Umvolkung des deutschen Volkes nur. Damit ist auch die Konvention gegen Völkermord von 1947 angesprochen, welche bereits derartige Absichten verurteilt. Wir brauchen also keine Gesetze zur Förderung der Integration, sondern Gesetze zur Förderung der Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat, damit sie ihren Völkern erhalten bleiben. Zum gesamten Fragenkomplex führte der Staatssekretär für das Justizwesen von Berlin, *Dr. Uhlitz* (SPD) 1987 aus: *„Alle Pläne, die deutsche Staatsangehörigkeit auch Angehörigen fremder Völker zu verleihen, die nicht daran denken, ihre bisherige nationale und kulturelle Identität aufzugeben und sich nicht nur in guten, sondern auch in schlechten Tagen zum deutschen Volk als der Gemeinschaft der Volkszugehörigen zu bekennen, für die das fortbestehende Gesamtdeutschland „ihr Staat" ist, sind verfassungswidrig. Diese Pläne müssen im Hinblick auf die bevölkerungspolitischen Daten zwangsläufig zur Ersetzung des grundgesetzlich verbürgten deutschen Staatsvolkes durch eine „multikulturelle" Gesellschaft und zur Umwandlung der Bundesrepublik in einen Vielvölkerstaat führen. Verfassungsrechtlich unzulässig sind auch ausländerrechtliche Regelungen, die Ausländer, die wegen mangelnder Assimilation die Voraussetzungen für eine Einbürgerung ablehnen, nach bestimmter Aufenthaltsdauer eine unbefristete und unwiderrufliche oder nur in Ausnahmefällen widerrufbare Aufenthaltsberechtigung zuzusprechen, da das bereits zu „Niederlassungen" damit zur Etablierung nationaler Minderheiten führt. Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine „multikulturelle Gesellschaft" ersetzen will und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das Eine ist korrigierbar, das Andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf die Dauer ignorieren können." (O. Uhlitz 1987)*

Fragen wir nach den Schuldigen an dieser Entwicklung, so sehen wir auf der einen Seite die Träger der sozialistischen bis neomarxistischen, grünen und liberalistischen Ideologien, die im Vordergrund handelnden Politiker wie die im Hintergrund die Weichen Stellenden, auf der anderen Seite braucht eigentlich nur ein Name genannt zu werden: *Helmut Kohl.* Er unterschrieb die Abtretung von 1/3 des deutschen Volks- und Reichsbodens, er unterschrieb die Auflösung unseres Staates in der EU-Diktatur und die Abschaffung der D-Mark. Er förderte die Ausländereinwanderung und hat sehr zum Gegensatz zu *Honecker* nichts gegen den demographischen Niedergang getan. Er. förderte den Verkauf von deutschen Industriewerken an das Ausland mit Eingang von Schmiergeldern. Er duldete die Zerstörung der seit Jahrhunderten auf uns gekommenen Wertordnung zugunsten der Wirksamkeit obiger Ideologien. Doch er erhielt einige goldene Orden.

Nun einige Forderungen an die Politiker:

1) Die deutsche Staatsbürgerschaft darf nur an volksdeutsche Ausländer verliehen werden.
2) Genereller Stopp der Einwanderung von nichtdeutschen Ausländern, genereller Stopp des Familiennachzuges.
3) Begrenzung der Aufenthaltsdauer und der Arbeitserlaubnis auf 6 Jahre, schrittweise Herabsetzung dieser Dauer.
4) Suspendierung der Freizügigkeit in der EU.
5) Anstatt Integration Förderung der Rückwanderung und Reintegration.
6) Zwang zur sofortigen Rückwanderung für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.
7) Keinlerlei Wahlrecht an Ausländer, keinerlei Mitgliedschaft von Ausländern in deutschen Parteien.
8) Förderung deutscher Familien mit Kindern, soziale Gleichstellung von Familien mit Kindern mit „Singles", Unverheirateten.

Prof. Dr. Helmut Schröcke

Literatur:
1. Entscheidung des BVerfG 77, 1987, Nr. 7, vom 21.10.1987
2. Dr. Otto Uhlitz, „Deutsches Volk oder „multikulturelle Gesellschaft"". In: H. Fischer, „Aspekte der Souveränität", Kiel 1987

Es gibt nur eine Sittlichkeit und das ist die Wahrheit.
Es gibt nur ein Verbrechen und das ist die Lüge.

Friedrich Schiller, 1759 - 1805

DEUTSCHE VISION
(Mein Vermächtnis an die Deutschen)

Ihr deutschen Brüder, seid Ihr es nicht mehr?
Seid ihr es nicht, die einer Welt getrotzt
Im bleichen Sand, im Gluthauch fremder Wüsten,
Im Todesfrost der fahlen Winter-Steppen,
Im stummen Krieg auf brüllenden Welten-Meeren,
Im Adler-Kampf an einsam schweigenden Himmeln,
Im Feuersturm der herzgetroffenen Heimat,
Einsam, im Angesicht des Todes treu?

Ihr deutschen Schwestern, mütterliche Herzen,
Ihr Helden-Herzen, seid ihr es nicht mehr,
Die namenloses Leid mit zuckendem Mund
Bestanden, wortlos hartes Männer-Werk
Vollbracht? Und als das rote Höllen-Feuer
Aus schwarzen Himmeln schwefelnd nieder troff,
Kämpfet ihr nicht wie Männer? Mütter, Jungfraun,
Ihr Kinder auch, ihr lieben deutschen Kinder?

O Brüder, Schwestern, solcher Opfer fähig,
Wie sie nur Sagen künden! Gestern wart ihr's!
Wahrhaftig! Ja! Ihr wart's! Ich war dabei.
Ich sah es selbst mit meinen eigenen Augen.
Und Stolz in Tränen schütterte mein Herz.
Und eure Tat, auch ohne Kranz des Sieges,
Kühl leuchtet sie vom ewigen Firmament,
Den Kommenden erhaben blutiger Stern.
In seinem Glanze ist der Traum vom Reich,
Der heilige Traum gerettet und bewahrt.

Doch heute! Hier! Seid ihr dieselben Deutschen!
Erniedrigt, käuflich, feig, vor Fremden knechtisch,
Vom Mammons-Dienst zerfressen bis ins Mark!
Wie ihr die Luft, das Wasser und die Erde
Mit euren Giften zu vernichten droht,
Ist euer Herz in kalter Gier erstarrt,
Besessen vom Besitz - verspielt das Erbe!
Wo ist noch Stolz, wo Treue, edle Scham,
Wo wahre Liebe, echte Bruderschaft,
Wo Opfermut, wo Demut und wo Zucht?
Kann Seelen-Gift, ins Herzblut eingeträufelt,
So grauenvoll den Wesens-Kern zerstören?
Euch, Kinder doch und Enkel wahrer Helden?

Bleibt mir nur der Verzweiflung blutige Träne?
In dumpfer Nacht, zerfetzt von brünstigen Schreien,
Durchzuckt von Blitzen giftigen Neon-Lichts,
Geschah mir eine sonnenhafte Schau:
Seht, mitten aus dem faulen sündigen Sumpf,
Drin ihr euch schamlos ehrvergessen suhlt,
Taucht strahlend auf im Panzer reiner Schönheit
Der lichte Gottesbote Hölderlin,
Der edle deutsche Seher und Prophet.

Das tief verschüttete, das totgesagte,
Das heilige Herz der Völker schlägt aufs neue.
Die alte Erd' Europas zittert dumpf.
Und in den Enkeln jener Todbewährten,
Der Männer und der Frauen, die gefallen,
Beginnt das heilige Herz der Völker wieder
Zu schlagen. Und in ihnen brennt die Scham
Und aufersteht ein scheuer neuer Stolz.

Die Stimme des Propheten Hölderlin
Durchstößt die Nacht, Posaune des Gerichts:
"Aus seinem Sarkophag im Dom Palermos,
Wo er, verehrt, Jahrhunderte geruht,
Steigt riesenhaft der große Staufer Friedrich.
Von seinen Schritten dröhnt das Abendland,
Nun er sein altes heiliges Reich durchmißt.
Wie Christus einst die Händler aus dem Tempel,
Peitscht er das Pack der Krämer und der Knechte
Von ihren falschen angemaßten Thronen."

Der Staufer aber, den im innersten, tiefsten,
Geheimsten Herzens rund die Treu'n im Volke
Jahrhunderte inbrünstiglich erharrt,
Er richtet auf das Friedensreich der Mitte,
Gerecht und maßvoll, in der Kaiser-Vollmacht,
Drum sich des Abendlandes Völker scharen.
Das Friedensreich der Mitte, drin das Herz,
Das heilige Herz der Völker ruhvoll schlägt.
Er türmt, der Gottgesandte, neu den Dom,
Darin das heilige Herz der Völker schlägt!
Das heilige Herz der Völker, unsern Dom!
Das heilige Herz der Völker, unser Reich!

Gerhard Schumann

Die Bundesrepublik Deutschland und das Deutsche Reich

Rechtslage und Rechtsfolgen

Die Bundesrepublik Deutschland („BRD") ist gescheitert. Da sie unter Mißachtung des Rechts entstanden ist und ihr ganzes Handeln stets das Recht mißachtet hat und es noch immer mißachtet, hat sie keine Existenzberechtigung.

Ihre Tage sind gezählt.

Die „BRD" ist ein Fremdkörper auf dem Staatsgebiet des Deutschen Reiches. Es gibt auf der ganzen Welt, und es gab nie in der ganzen Geschichte der Menschheit ein der „BRD" vergleichbares Unrechtsgebilde wie den Nicht-Staat „BRD".

Die „BRD" ist ein völkerrechtswidriger Staat, und völkerrechtswidrig sind ihre Handlungen. Daß dieser „Staat" die Dreistigkeit besitzt, sich einen „demokratischen" zu nennen, wird allein durch seine Gründung durch Personen widerlegt, die keinerlei Befugnis, Vollmacht oder Berechtigung zu dieser Gründung hatten.

Das DEUTSCHE REICH ist nicht tot. Es ruht, und zwar in den Herzen und in den Köpfen vieler Deutscher. Es wird wieder zum Leben erwachen, eher als allgemein vermutet wird. Dann wird die „BRD" sich in nichts auflösen, und das R e c h t wird wieder der Maßstab aller Dinge sein.

Die rechtlichen Gründe für diese Feststellung und für die hier vorgetragene Vorschau auf die gar nicht ferne Zukunft folgen jetzt:

A - 1: Das Deutsche Reich hat nicht kapituliert. Die Wehrmacht hat kapituliert, und zwar am 08.05.45.

2: Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs übernahmen am 05.06.45 die oberste Gewalt im Deutschen Reich. In ihrer „Berliner Erklärung" bestätigten sie den Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37. Weiter heißt es da: „Diese Übernahme bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands".

3: Im POTSDAMER PROTOKOLL vom 02.08.45 sagt der Artikel IV: „Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll."

4: Das Außenministerium Frankreichs ermächtigte am 07.07.50 seinen Hohen Kommissar in Deutschland (also doch wohl in der BRD), zur Erklärung, daß Frankreich das Staatsgebiet Deutschlands ausdrücklich in den Grenzen von 1937 anerkennt.

5: Ebenfalls am 07.07.50 erklärt die Britische Regierung wörtlich die im *Juli 1945* in Potsdam festgelegte Oder-Neiße-Linie als die provisorische Grenze zwischen Deutschland und Polen, solange der Grenzverlauf nicht von der Friedenskonferenz bestimmt ist.

6: Und dann die USA am 08.07.50: „Die Regierung der USA hat niemals in der Vergangenheit die Oder-Neiße-Linie als endgültige Ostgrenze Deutschlands anerkannt."

Das Deutsche Reich besteht nach wie vor. Es ist weder faktisch noch durch irgend einen Willensakt der Siegermächte erloschen oder untergegangen.

Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich wurde am 14. März 38 durch eine Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit von den Bewohnern Österreichs beschlossen. Damit ist Österreich nach wie vor völkerrechtlich, staatsrechtlich („demokratisch") und von allen Staaten anerkannt Teil des Deutschen Reiches.

B-1: Die Grenzen des Deutschen Reiches sind die völkerrechtlichen.

2: Nach A - 3, 4, 5 und 6 haben die Siegermächte nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht nie die Abtretung von Teilen des Deutschen Reiches gefordert, weder die Abtretung an eine der Siegermächte noch die an Polen oder die Tschechoslowakei.

Das Deutsche Reich besteht nach wie vor in den Grenzen vom 31.08.39. Das Deutsche Reich lebt mit seinen Feinden im Zustand des Waffenstillstandes, denn es hat keinen Friedensvertrag mit ihnen geschlossen. Der Waffenstillstand ist eine Phase des Krieges.

Also lebt das Deutsche Volk heute, im Jahre 2001, im Kriege. Das Deutsche Reich ist handlungsunfähig. Die oberste Gewalt üben nach wie vor die Siegermächte aus. Das Deutsche Reich ist nach wie vor besetztes Gebiet.

C – 1: Die sogenannte „Bundesrepublik Deutschland" wurde am 23.05.49 von nicht Befugten durch die Unterzeichnung eines „Grundgesetzes" und seine sofortige In-Kraft-Setzung gebildet.

Sowohl die angeblichen Verfasser des Grundgesetzes, also die Mitglieder des sogenannten „Parlamentarischen Rates", wie auch die Mitglieder des danach gebildeten sogenannten „Deutschen Bundestages" wie die Mitglieder der ersten „Bundesregierung" entbehrten jeglicher Legitimation. Sie entbehren ihrer noch heute.

Weder bei der Besetzung des sogenannten „Parlamentarischen Rates" noch bei der Bildung der Staatsorgane wurde das Deutsche Volk gefragt. Es wurde kaum unterrichtet. Es hat diesen Vorgängen seine Zustimmung nicht gegeben.

2: Da das Deutsche Reich nach wie vor auf seinem völkerrechtlichen Staatsgebiet besteht, wäre ein anderer Staat auf einem Teil seines Staatsgebietes ein „zweiter Staat", also ein Fremdkörper.

3: Da das Deutsche Reich nach wie vor besteht, kann es auch keinen Nachfolge-Staat haben, denn jede Nachfolge setzt das Erlöschen des Vorgängers voraus. Die „BRD" ist niemandes Nachfolger.

4: Da das Deutsche Reich nicht handlungsfähig ist, konnte es auch der Bundesrepublik Deutschland nicht die Vollmacht erteilen, in seinem, des Reiches,

Namen zu handeln. Folglich kann die „BRD“ weder im Namen des Deutschen Reiches, noch schlicht „Deutschlands“ noch gar des Deutschen Volkes handeln.

5: Die „BRD“ ist Mitglied der Vereinten Nationen. Damit hat sie die Statuten der V.N. anerkannt, und mit ihnen die „Feindstaatenklauseln“ 53 und 107. Damit ist die „BRD“ Feindstaat des Deutschen Reiches und des Deutschen Volkes. Sie ist an die Klauseln gebunden.

6: Ein Staat, der sich verpflichtet hat, seiner Bürger Feind zu sein, ist treulos. Er kann die Rechte seines Volkes nicht wahrnehmen. Genau das trifft auf die „BRD“ zu. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die „BRD“ die Treue zum eigenen Volk nicht nur immer wieder gebrochen hat: Sie hat sich nie zu dieser Treue verpflichtet gefühlt. Ein solcher Staat kann sich in keiner Auslegung des Wortes als ein „demokratischer“ ausgeben, Er ist von Grund auf unmoralisch.

Also: Die „BRD“ ist durch nichts legitimiert. Sie ist ein NICHT-STAAT.

Die „BRD“ ist ein FEINDSTAAT ihres eigenen Volkes.

Die „BRD“ ist eine unmoralische Einrichtung.

D: Die Folgen dieser Rechtslage

1: Die „BRD” kann rechtens keine Verträge schließen.

2: Die „BRD“ kann insbesondere Verträge nicht kündigen, die sie nicht selbst geschlossen hat. Beispiel: Der „MÜNCHENER VERTRAG“ vom 29.09.38 zwischen dem Deutschen Reich, Großbritannien, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei, über die Rückkehr des Sudetenlandes in das Deutsche Reich.

3: Die „BRD“ kann Gebiete nicht abtreten, die ihr nicht gehören.

Beispiel: Die Abtretung Ost-Deutschlands im „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“. Diese Gebiete haben nie zu den von der „BRD“ und der DDR beanspruchten Staatsgebieten gehört.

4: Die „BRD“ konnte nie und kann noch immer nicht für das Deutsche Volk handeln, denn sie entbehrt der Legitimation durch einen Mehrheitsbeschluß des Deutschen Volkes zu ihrer Gründung.

Beispiele:

a) der „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“, siehe oben D-2.

b) die „Wiedergutmachungs-Verträge“ Adenauer-Goldmann.

c) die Wiedergutmachungsverträge mit Israel

d) die „Pariser Verträge“ (WEU, NATO, Bundeswehr)

e) der Beitritt zu den Vereinten Nationen.

f) das Deutsch-Türkische Abkommen über soziale Sicherheit.

g) der Vertrag von MAASTRICHT, endgültige Gründung der „Europäischen Union“

h) Die Aufhebung des MÜNCHENER ABKOMMENS (D-2).

i) der „Kohl-Galinski-Vertrag“ vom Ende 1990 über die Einwanderung von Juden aus Osteuropa. (Datum und Wortlaut unbekannt, weil „Dritten nicht zugänglich“).

j) der Verzicht auf Waffen, die andere Staaten besitzen, also Selbstentwaffung.

5: Die „BRD“ kann weder die geltende Verfassung des Deutschen Reiches, die sogenannte „Weimarer Verfassung“ ganz oder teilweise aufheben, noch Gesetze, die vor ihrer rechtswidrigen Gründung am 23.05.49 in Kraft waren.

Beispiele:

a) die Weimarer Verfassung selbst. Das Grundgesetz ist also auch dieserhalb ungültig.

b) die rechtswidrige Aushöhlung des „Reichs- und Staatsangehörigkeits-Gesetzes“ (22.07.1913) durch die Verleihung einer „deutschen“ (?) Staatsangehörigkeit an Fremde, die „schon lange genug hier“ sind, in „Kraft“ seit dem 01.01.2000.

6: Die „BRD“ kann keine Verpflichtungen eingehen, Absichtserklärungen auf die Zukunft abgeben, denn ihr fehlt dazu jegliches Recht.

Beispiele:

a) der auch künftige Verzicht auf Gebietsansprüche auf die deutschen Ostgebiete.

b) der künftige Einsatz der sogenannten „Bundeswehr“, geplant als wesentliche Ergänzung der Aufgaben dieser ohnehin rechtswidrig geschaffenen Truppe.

c) der Verzicht auf die Wiedervereinigung des „Altreichs“ mit Österreich.

d) der Abschluß des Friedensvertrages (mit wem??).

Ergebnis:

Alle von der „BRD“ erlassenen Gesetze und alle von ihr geschlossenen Staatsverträge mit fremden Staaten sind von vornherein null und nichtig. Nach wie vor gilt das Recht des Deutschen Reiches, gelten seine Gesetze und binden das Deutsche Reich und das Deutsche Volk seine Verträge.

Joh. Peter Ney

„Der Parteienstaat ist von beidem geprägt, nämlich machtversessen auf den Wahlsieg und machtversessen bei der Wahrnehmung der politischen Führungsaufgaben.“

Richard von Weizsäcker
Bundespräsident a.D.

Mit großer Besorgnis

Nach landläufiger Meinung, die aber bestätigt wird durch Bundesinnenministerium und Bundeszentrale für politische Bildung, unterscheidet sich eine Demokratie von einer Diktatur im wesentlichen durch die Freiheitsrechte. Dazu gehören insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung in z.B. politischer Opposition, Forschung, Lehre und Schrifttum.

Dieses Recht auf freie Meinungsäußerung kann nur dort seine Begrenzung finden, wo einzelne Persönlichkeiten oder Gemeinschaften in der Öffentlichkeit beleidigt, d.h. böswillig verleumdet werden, indem ihnen z.B. eine Straftat unterstellt wird, die nicht unwidersprochen erwiesen ist.

Seit Jahren beobachten nun überzeugte Demokraten mit wachsender Besorgnis, wie antidemokratische Tendenzen in unserem Land mehr und mehr an Boden gewinnen. Zwei Beispiele unter sehr vielen herausgenommen, mögen dies erhärten. So war in der Stuttgarter Zeitung vom 23. November 2000 zu lesen, daß ein junger Liedersänger, fünffacher Familienvater, ein Heimatvertriebenenlied nicht nur öffentlich gesungen, sondern auch auf CD´s verkauft hat, mit dem Text: „Packt eure Snack-Bars und Kolchosen ein. Laßt uns wieder Deutsche in Deutschland sein. Amis, Russen und Fremdvölker ...., endlich wieder Herr im eigenen Haus."

Im Hamburger Abendblatt vom 24. November 2000, also einen Tag später, wird berichtet, daß in Hamburg eine Rockgruppe mit Lautsprecherwagen durch die Stadt fahrend das Lied abspielen ließ: „Deutschland muß sterben".

Nun kann man sagen, beides ist geschmacklos. Aber bei der in einer Demokratie geltenden Gleichheit vor dem Recht und der garantierten Meinungsfreiheit kann man *nur zu einem übereinstimmenden Urteil kommen*. Im Falle des „Deutschland muß sterben" hat die Kammer des ersten Senats des Verfassungsgerichtes, also eines unserer höchsten Gerichte, erklärt, „das öffentliche Abspielen des Liedes sei durch das Grundrecht auf Kunstfreiheit gedeckt."

Im Fall des Liedersängers „Packt eure Snack-Bars und Kolchosen ein, *laßt uns wieder Deutsche in Deutschland sein...*" verhängte das Böblinger Amtsgericht eine zehnmonatige Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung und für die Ehefrau des Beklagten wegen Beihilfe eine Geldstrafe von 50 Tagessätzen a 20,- DM.

Die im Grundgesetz verankerten Freiheitsrechte lassen weder eine unterschiedliche Beurteilung noch eine Verfolgung eines vorgetragenen Liedtextes zu. Auch wenn in einem längeren Verfahren der Liedersänger von Böblingen beim Bundesverfassungsgericht freigesprochen würde, so bedeutet das doch zunächst einen sehr langen und kostspieligen Gerichtsweg, der nicht gerechtfertigt ist.

Das zweite Beispiel ist die Aktion gegen rechte Gewalt. Solche Aufrufe, auch von politischer Seite, für Bürgerinitiativen gegen Gewalt von rechts lassen zumindest die Interpretation zu, daß Gewalt von links oder kriminelle Gewalt entweder weniger gefährlich oder sogar tolerierbar sei. In einer Demokratie kann man nur aufrufen zu Initiativen gegen Gewalt schlechthin, da alle Gewalttätigkeit in einem demokratisch verfaßten Staat inakzeptabel ist. Wie gefährlich der Aufruf gegen Gewalt von rechts ist, läßt folgende Überlegung erkennen: Es könnte daraus durchaus von seiten des militanten Islam abgeleitet werden, daß gegen die ungeliebten Kurden oder gegen christliche Deutsche, die sich für ein christliches Mitteleuropa einsetzen, gewalttätig vorgegangen werden kann. Hier handelt es sich weder um rechte noch um linke Gewalt, sondern um eine aus einer fanatischen religiösen Überzeugung stammende gewalttätige Auffassung, die offenbar weniger gefährlicher ist als Gewalt von rechts.

Wer sich nicht urplötzlich in einer neuen Diktatur wiederfinden will, der muß jetzt aufwachen und tätig werden. Schließlich wird in letzter Instanz das Volk verantwortlich gemacht, da es der oberste Souverän laut Grundgesetz in diesem Land ist bzw. zu sein hätte.

Nun wird so mancher Leser sagen: Das ist alles richtig, aber wie sollen wir denn tätig werden? Wir haben keine unabhängige Justiz, wir haben Maulkorbgesetze, die die freie Meinungsäußerung in bestimmten Fragen sogar unter Strafe stellen, und wir haben vor allem die allmächtigen Medien mit ihrer „political correctness", die unbarmherzig jeden Andersdenkenden öffentlich anprangern und als Faschisten oder Rassisten abstempeln. Dem will sich natürlich keiner aussetzen.

Soweit ist es also schon gekommen! Für jeden wirklichen Demokraten, der die Grundrechte und die demokratische Ordnung unseres Staatswesens ernst nimmt, muß jetzt das schrille Läuten der Alarmstufe 1 erfolgen. Dieser Staat ist wirklich in höchster Gefahr. Wir sollten übrigens weniger von Demokratie sprechen, was nichts anderes als Volksherrschaft heißt. Dies scheint nämlich die gewählten Repräsentanten - allerdings nur aus einer verschwindenden Minderheit gewählte Repräsentanten - vielfach dazu verleitet zu haben, nun wirklich unabhängig herrschen zu können, wie frühere absolutistische Fürsten. Sprechen wir lieber von Volksordnung, die nur solange eine Volksordnung ist, als die einzelnen Bürger sich mitverantwortlich einbringen und an den politischen Geschehnissen auf allen Ebenen mitzuwirken bereit sind.

Sicher gibt es den einen oder anderen, der einwendet, daß unsere gegenwärtige parlamentarische oder repräsentative Demokratie keineswegs die bestmögliche demokratische Staatsform sei, und außerdem das Grundgesetz nicht vom Volk sich selbst gegeben und verabschiedet, sondern von außen uns sozusagen aufgegeben sei. Das mag in bestimmter Hinsicht seine Berechtigung haben, aber es ist das einzige legale Mittel, was uns zur Zeit zur Verfügung steht, und wir sollten uns dieses nicht leichtfertig nehmen lassen. Bevor wir an dem, was wir haben, herumkritisieren, sollten wir zunächst einmal versuchen, für die Grundrechte, die ver-

fassungsmäßig garantiert sind, uns so einzusetzen, daß sie, wie es im Grundgesetz Art. 19 heißt, in ihrem Wesensgehalt nicht angetastet werden. Es gibt hier, wie die beiden oben angeführten Beispiele zeigen, auf allen Ebenen Grundrechtsverletzungen, die der Bürger nicht hinnehmen darf, wenn er an einem demokratisch verfaßten Staat interessiert ist.

Diesmal können wir die Verantwortung nicht von uns schieben. In Zeiten übergroßer Not war die Errichtung einer Diktatur sicher nicht den notleidenden Bürgern anzulasten. Sie erhofften sich ein besseres Leben oder aber waren so durch den Kriegsausgang verstört, daß sie gar nicht politische Initiativen entwickeln konnten. Heute geht es den Deutschen so gut wie nie zuvor, wir haben alle Kommunikationsmittel zur Verfügung, wir können reisen, wir haben als immer älter werdende Rentner viel Freizeit, und wir können uns noch aus den vielfältigsten Medien informieren und uns einen Überblick über die Situation selber verschaffen. Diese ganzen Wohltaten, die wir zur Zeit genießen, sind unter dem Motto „mit Speck fängt man Mäuse" zu sehen. Dies ist für einen nur ein wenig nachdenkenden Menschen leicht zu durchschauen. „Brot und Spiele" hieß das bei den Römern. Wir dürfen uns dadurch nicht ablenken lassen, uns nicht mit Analysen, Informationen und „Stammtisch-Kritik" begnügen.

Noch können wir unserer Empörung Ausdruck geben in Leserbriefen, in Arbeitskreisen und durch unser Mitreden in politischen Versammlungen. Das ist wenig genug, aber je mehr aufstehen, tätig werden und sich zusammentun, umso mehr kann erreicht werden. „Dafür nicht geeignet", „zu alt", „zu sehr familiär und beruflich beansprucht" ist sehr oft nur eine Entschuldigung für „zu bequem".

Eins ist deutlich, diesmal wäre das deutsche Volk in seiner Gesamtheit selber verantwortlich und auch schuld daran, wenn in unserem Land eine neue Diktatur erstehen sollte.

UHW

„Dieser Krieg ist ein englischer Krieg ..."

In der ZDF-Sendung „Journalisten fragen – Politiker antworten" am 3.9.87 sprach der ehemalige Bundeskanzler Kohl – ohne jeden Sachzwang – von dem *von Hitler entfesselten Krieg* und in seiner Tischrede beim Honecker- Besuch am 7.9.87 davon, *daß vom deutschen Boden entsetzliches Unheil und Leid ausgegangen ist.* Wenn umerzogene und sich als Umerzieher gebärdenden Journalisten derart leichtfertig mit den Tatsachen umgehen - bei dem (meist sehr einseitigen) Höfer-Frühschoppen faselte ein Fernsehjournalist sogar vor einiger Zeit (ohne Richtigstellung), daß beide Weltkriege von den Deutschen *angezettelt* worden seien -, so unterliegen diese Meinungsveröffentlicher ja keiner Wahrheitspflicht und kümmern sich auch nicht um diese.

Der Bundeskanzler hat aber nach seinem Amtseid (Art.56 GG) seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, dessen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden, d.h. auch, daß er keine unzutreffenden oder irreführenden, Deutschland belastenden Behauptungen öffentlich aufstellen darf. Es ist aber doch längst bekannt, daß der Zweite Weltkrieg mit seinen schrecklichen Folgen für Europa und die ganze Welt spätestens seit 1937 von Roosevelt mit seinen Beratern und Hintermännern planmäßig vorbereitet wurde, wie neben vielen anderen Hamilton Fish „Der zerbrochene Mythos" sowie der polnische Botschafter in Washington Potocki im Bericht vom 12.1.39 deutlich belegen und der amerikanische Botschafter in Paris Bullitt im April 1939 mit den Worten bestätigte: „Der Krieg in Europa ist beschlossene Sache."

Amerikas unmittelbarer Kriegseintritt wurde dann über den „Schießkrieg" 1940 und durch die „japanische Hintertür" erreicht. Mit gleicher Zielrichtung wurde Polen, insbesondere von den Briten, bedrängt – soweit das angesichts dessen seit Jahren bestehender Angriffsabsicht gegen Deutschland überhaupt noch nötig war den bis Ende August 1939 aufrechterhaltenen, zuletzt durch Volksabstimmungen ergänzten Bereinigungsvorschlag: „Danzig (97% Deutsche) zurück an das Reich und eine exterritoriale Eisenbahn- /Straßenverbindung nach Ostpreußen" auf jeden Fall abzulehnen, obwohl der britische Botschafter in Berlin, Henderson, seinem Außenminister am 26.4.39 geschrieben hatte: „Wenn Danzig vor 6 Monaten an Deutschland gefallen wäre, würde kein Hahn danach gekräht haben, und ein exterritorialer Korridor durch den Korridor hindurch ist eine durchaus gerechte Regelung. Wenn Schottland von England durch einen irischen Korridor getrennt wäre, würden wir mindestens soviel verlangen wie Hitler jetzt verlangt."

Der Falkland-Krieg bestätigt, daß England sein Verlangen auch durchgesetzt hätte, und zwar schon viel früher. Diese vernünftige Meinung berührte die Kriegshetzer um den zur Macht drängenden Churchill nicht und verhinderte auch nicht die Kriegserklärung vom 3.9.39. Dem damaligen amerikanischen Botschafter Joseph Kennedy erklärte allerdings Chamberlain, daß Amerika und das Weltjudentum England in den Krieg gezwungen habe. Der Krieg entsprach jedoch voll und ganz dem Wirken Churchills und seiner Gefolgschaft. Dieser hatte zwar 1932 noch richtig erkannt: „Wir müssen, solange noch wir die Macht haben, die Danzig- und Korridorfrage bereinigen, sonst ist ein Krieg unvermeidlich." Danach drohte er aber ständig mit dem Krieg gegen Deutschland., so u.a. 1934: "Wenn Deutschland zu stark wird, muß es zerschlagen werden", im Jahre 1936: „Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nicht", im Jahre 1936: „Was wir wollen, ist, daß die deutsche Wirtschaft vollkommen zusammengeschlagen wird", am 3.9.39: „Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands", im Jahre 1940: „Ich führe keinen Krieg mit Hitler, sondern ich führe einen Krieg mit Deutschland." Diesen Krieg betrachtete er dann in einem Schreiben an seinen „Kriegskameraden" Stalin vom 22.2.44 „als ein Ganzes und als einen 30jährigen Krieg von 1914 an".

Anschläge gegen Christen

Bomben- und Brandanschläge auf christliche Kirchen während der Weihnachtsgottesdienste vorwiegend in Indonesien und Pakistan werfen erneut ein Schlaglicht darauf, wie massiv Christen speziell in islamisch bestimmten Ländern allein wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Zumeist sogar mit offener oder verdeckter Billigung der dortigen Regierungen. Auch im zu Ende gehenden Jahr 2000 wird man wahrscheinlich wieder mindestens 210.000 ermordete Christen zählen. Damit würden sich die in fast gleichbleibender Höhe immer wiederkehrenden Opferzahlen der letzten drei Jahrzehnte abermals bestätigen.

Allein bei Bombenanschlägen gegen Christen in Indonesien sind mindestens 13 Menschen ums Leben gekommen, 95 wurden verletzt. „Keine andere Religionsgemeinschaft ist einer ähnlichen massenweisen Verfolgung ausgesetzt", schreibt der Bonner Religionswissenschaftler Professor Thomas Schirrmacher in einer Dokumentation von „idea", der Nachrichtenagentur der Deutschen Evangelischen Allianz, unter dem Titel: „Märtyrer heute" (Verlag Schulte & Gerth). Wie viele Menschen christlichen Glaubens insgesamt in islamisch beherrschten Ländern, in noch immer bestehenden kommunistischen Diktaturen sowie von Hindu-Extremisten in Indien Jahr für Jahr gefoltert, schikaniert, entwürdigt und vertrieben würden, das könne noch nicht einmal annähernd verlässlich erfasst werden.

Das Buch enthält einen sogenannten Verfolgungsindex, den die niederländische Hilfsorganisation „Offene Grenzen" entwickelt hat. Danach werden derzeit in 28 Ländern Christen besonders stark diskriminiert, verfolgt und zu tausenden umgebracht. Die Liste reicht von Saudi-Arabien bis Indonesien. 22 dieser Staaten sind mehrheitlich islamisch dominiert. In vier von ihnen haben kommunistische Regime das Sagen. In 23 weiteren Ländern kommt es immer wieder zu Übergriffen gegen Christen und Folter, Mord und Totschlag.

Auf den Molukken hatten Moslems zuletzt Anfang Dezember 93 Christen ermordet, weil diese sich weigerten, zum Islam überzutreten. Tausende Christen flohen. Viele der dortigen Landstriche sind nach Angaben der Moslem-Kämpfer inzwischen vollständig „gesäubert" und damit „christenfrei". Mindestens 4.000 Christen wurden seit Januar 2000 ermordet, mehr als eine halbe Million Christen wurden vertrieben. 245 Kirchen und mehr als 5.000 Geschäfte wurden zerstört.

Rolf Dressler

(entnommen Westfalen-Blatt, 27. Dezember 2000)

Das Unwort des Jahres: „christenfrei"

Liebe Leser,

was hier am Tage des Jüngers, den der Herr lieb hatte, in einer normalen Tageszeitung zu lesen ist, ist ungeheuerlich. Ungeheuerlicher noch ist, daß alle Kirchen dazu schweigen. Die Medien predigen Verständigung und Verbrüderung mit allen Fremden und Andersgläubigen. Insofern ist das „Westfalen-Blatt" keine normale, sondern eine ungewöhnliche Tageszeitung.

Bitte geben Sie diesen Artikel allen Ihnen bekannten Pfarrern, beantragen Sie eine öffentliche Erörterung dieser „modernen Christenverfolgung" unter anderem in einem Land, das dringend in die EU aufgenommen werden will, der Türkei. Statt „Brot für die Welt" sollten die verblendeten Kirchen Spenden für ihre verfolgten und leidenden Brüder sammeln.

Die Folgen von Tschernobyl kann niemand abschalten

Boris Stoljarschuk wird diesen Tag nie vergessen. "Als die Wände wackelten und selbst der Beton anfing zu krachen, wußte ich, daß etwas Fürchterliches passiert war", sagt er. Immer wieder spielt sich die Explosion von Reaktor Nummer vier im Kopf des früheren Atomingenieurs ab. Er erlebte den ersten GAU in der Geschichte der zivilen Atomkraft mit – und überlebte wie durch ein Wunder.

14 Jahre nach dem größten atomaren Unfall aller Zeiten wird morgen das ukrainische Kernkraftwerk Tschernobyl endgültig abgeschaltet. Unter anderem aus Deutschland, den Vereinigten Staaten, Rußland und Japan wollen Delegationen anreisen, um dabei zu sein, wenn der letzte im Betrieb befindliche Reaktor stillgelegt wird. Laut inoffiziellen Schätzungen starben an den Folgen der Reaktorkatastrophe am 26. April 1986 bisher bis zu 30.000 Menschen.

„Um 1.23 Uhr erschütterten damals zwei Explosionen Reaktorblock vier. Der Kontrollraum, in dem Ingenieur Stoljarschuk arbeitete, versank im Chaos. „Sämtliche Anzeigen blinkten wie verrückt", erinnert sich der Atomexperte. „Nichts ging mehr, obwohl wir auf alle Knöpfe drückten." Die Zeiger zur Kontrolle der radioaktiven Strahlung schlugen voll aus. Draußen sah Stoljarschuk das Ausmaß der Katastrophe: „Der Reaktor war nur noch ein riesiges, gähnendes Loch."

Drei Stunden verharrten er und sein Chef im Kontrollraum. Es gab keine Befehle, die Stellung zu räumen. Die radioaktive Strahlung hatte die beiden Ingenieure regelrecht verschmort. Ihre Haut wurde krebsrot. Bis heute leidet Stoljarschuk an der Strahlenkrankheit. Er muß sich oft übergeben, hat beinah chronische Kopfschmerzen. Doch Stoljarschuk überlebte immerhin. Sein Chef starb an Krebs.

Augenzeugen berichteten von einem seltsamen Leuchten, „wie aus einer anderen Welt", das über dem

zerstörten Reaktor lag. Bis zu 30.000 Menschen starben bisher infolge der radioaktiven Verseuchung, die 500mal so hoch war wie bei der Atombombenexplosion von Hiroshima. Eine riesige radioaktive Wolke verseuchte später Europa.

Doch die Menschen, die weniger als 20 Kilometer von dem Unglücksreaktor entfernt lebten, wurden erst zehn Tage nach dem GAU evakuiert. Tausende leiden infolge der Verstrahlung an Schilddrüsenkrebs. Als Schuldige für den GAU machte Moskau die Kraftwerksleitung aus. 1987 wurden sechs Tschernobyl-Manager zu bis zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Daß Tschernobyl nun abgeschaltet wird, bedeutet aber noch längst nicht, daß alle Probleme vom Tisch und die Gefahr gebannt ist. Das stillgelegte Atomkraftwerk wird noch jahrzehntelang eine Bedrohung bleiben. Das momentan schwerwiegendste Problem stellt der nach der Katastrophe 1985 eilig hochgezogene so genannte Sarkophag dar.

Der Betonmantel um den Unglücksreaktor ist baufällig. Von Rissen durchzogen, droht er zusammenzustürzen. Experten schließen eine nukleare Reaktion im Inneren des Betonkolosses, wo immer noch Brennelemente lagern, nicht aus. Ein zweiter Sarkophag zur Sicherung der Betonhülle ist bisher nur geplant. Wie und bis wann das gut 1,6 Milliarden Mark teure Projekt umgesetzt werde, sei aber noch offen. Die unter dem Betonmantel lagernden atomaren Abfälle dringen nach und nach in den Boden ein und bedrohen so die Flüsse der Umgebung und damit die Trinkwasserversorgung von Millionen Menschen. Der Abtransport der verstrahlten Überreste ist bisher zu gefährlich, aber vor allem aus Kostengründen nicht einmal geplant. Zwei Projekte zur Sicherung des stillgelegten Atomkraftwerks sind in Vorbereitung. Bis 2003 soll ein Zwischenlager für atomare Abfälle fertig sein. Eine 50 Millionen Mark teure Wiederaufbereitungsanlage für kontaminiertes Wasser soll ab 2002 zur Verfügung stehen. Mit dem Aus für den dritten Reaktor geht ein zähes Ringen um die endgültige Stillegung für Tschernobyl zu Ende. Ein Reaktor wurde nach einem Brand bereits 1991 abgeschaltet, ein zweiter 1996. 1999 wurden zahlreiche Risse im Kühlsystem festgestellt.

Einsturzgefahr in Morsleben

Im einzigen deutschen Endlager für schwach- und mittelradioaktive Stoffe in Morsleben (Sachsen-Anhalt) gibt es nach Informationen des ZDF-Magazins „Kennzeichen D" Sicherheitsprobleme. In zwei Einlagerungskammern könnten sich bis zu 1000 Tonnen schwere Salzbrocken aus der Decke lösen und auf den dort gelagerten mittelradioaktiven Atommüll stürzen, berichtete das Magazin am Dienstag in Berlin. Fielen die Salzbrocken auf den Atommüll, könnten radioaktive Stäube in weitere Teile der Grube und möglicherweise über die Bewetterung nach außen gelangen. Das Bundesamt für Strahlenschutz habe „Kennzeichen D" die Gefahr bestätigt.

AIDS „Das Problem ist so ernst wie ein Bürgerkrieg"

UN-Bericht: Epidemie in Afrika und Osteuropa wesentlich schlimmer als erwartet

Die Aids-Epidemie hat weitaus schlimmere Ausmaße angenommen, als Experten noch vor wenigen Jahren vorhergesagt haben. Um mehr als 50 Prozent ist die Prognose der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 1991 übertroffen worden. Das geht aus dem Welt-Aids-Bericht der UN-Dachorganisation zur Bekämpfung der HIV-Infektion (UNAIDS) hervor, der gestern mit Blick auf den Welt-Aids-Tag an diesem Freitag in Berlin und Genf veröffentlicht wurde. **Seit Ausbruch der Epidemie sind 21,8 Millionen Menschen an der Immunschwächekrankheit Aids gestorben** – allein in diesem Jahr rund drei Millionen Männer, Frauen und Kinder. **Besonders in Osteuropa verbreitet sich die Seuche explosionsartig. Am schlimmsten betroffen ist weiterhin das südliche Afrika.**

Die Zahl der Neuinfektionen in Deutschland ist, wie in der Mehrzahl der Industriestaaten, nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums relativ konstant geblieben. Deutschland stehe im internationalen Vergleich „bemerkenswert gut" da, sagte Ministerin Andrea Fischer (Grüne). Die Zahl der jährlichen HIV-Neuinfektionen liege seit einigen Jahren bei etwa 2000. Seit Mitte der achtziger Jahre sind rund 18.000 Aids-Kranke gestorben. Zwischen 50.000 und 60.000 Menschen sind infiziert, bei 22.000 ist die Krankheit ausgebrochen.

Fischer warnte davor, angesichts besserer Behandlungsmöglichkeiten nachlässig und sorglos beim Schutz vor Aids zu werden. Die Deutsche Aids-Stiftung klagte unterdessen über drastischen Spendenrückgang. Dank neuer Medikamente lebten die Erkrankten länger, gerieten jedoch in finanzielle Not. Da viele von ihnen in relativ jungen Jahren arbeitsunfähig werden, besteht häufig kein Versicherungsschutz.

Eine besondem dramatische Entwicklung zeichnet sich nach den Worten des UNAIDS-Geschäftsführers Peter Piot im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ab. „Die Epidemie in Osteuropa explodiert", sagte Piot. Allein in Rußland haben sich dieses Jahr rund 300.000 Menschen infiziert, mehr als in allen früheren Jahren zusammen. Grund seien wachsende Armut, Prostitution und die Zunahme von intravenösem Drogenkonsum. **Die Regierungen müßten erkennen, daß das Aids-Problem**

Tatsachen sind unbestreitbar. Es ist Aufgabe der Wissenschaft sie zu klären.
Friedrich von Humboldt (1769 - 1859)

„so ernst wie eine Wirtschaftskrise oder ein Bürgerkrieg ist".

Von einer „Tragödie der Teenager" sprach Unicef-Direktorin Carol Bellamy. In einigen afrikanischen Staaten werde etwa jeder Dritte der heute 15-Jährigen an Aids sterben. Auch der Einfluß auf das Bildungssystem sei fatal: So gingen heute schon fast 900.000 Grundschulkinder nicht zur Schule, weil ihre Lehrer HIV-infiziert, an Aids erkrankt oder verstorben sind. Die deutsche Entwicklungshilfe-Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) kündigte an, im kommenden Jahr 140 Millionen Mark für die Aids-Bekämpfung zur Verfügung zu stellen.

Angst vor Handy-Strahlen

Experten warnen: Sie können vor allem für Kinder schädlich sein

Handys sind die Renner im Weihnachtsgeschäft. Nicht nur für Erwachsene. Auch bei Kindern steht das Mobiltelefon ganz oben auf der Wunschliste. Wissenschaftler warnen: Handy-Strahlung kann vor allem für junge Menschen schädlich sein. Schweizer Wissenschaftler haben jetzt eine neue Studie vorgelegt.

Welche Handys geben am meisten Strahlung ab? Das Schweizer Institut für Technologie hat es untersucht. Gemessen wurden dabei die „specific energy absorption rates" (SAR), die Mengen einer bestimmten Energie, die vom Körper absorbiert werden. Diese vom Telefon aufgenommene Energie, die durch Mikrowellen entsteht, wurde in Watt pro Kilogramm ermittelt. Eine Meßmethode, die der Schweizer Professor Niels Kuster erfand.

Unter die Lupe genommen wurden 28 der gängigsten europäischen Handy-Marken. Dabei schnitt das Modell Ericsson T28s am schlechtesten, Typ Nokia 8850 am besten ab. Zum Vergleich: Das Ericsson-Modell hat eine SAR-Rate von 1,27, das Nokia von 0,22 SAR.

Nach dem Ericsson-Handy strahlen das Siemens C35i und das Nokia 6210 mit einem SAR-Wert von1,19 am meisten, gefolgt von Samsung SGH 2400 mit einem SAR-Wert von 1,17. Weitere „Negativ-Plazierungen":

4. Motorola V3690 (1,13 SAR)
5. Sony CMDZ5 (1,06 SAR)
6. Siemens S351 (0,99 SAR)
7. Motorola P7389 (0,83 SAR)
8. Nokia 3210 (0,81 SAR)
9. Bosch (0,81 SAR)
10. Nokia 7110 (0,76 SAR).

Welche SAR-Menge die Handys ausstrahlen liegt nicht nur an der unterschiedlichen Leistung der Telefone, sondern auch daran, wo die Antenne sitzt und wie das Telefon ans Ohr gehalten wird. Meist haben die leistungsfähigeren neuen Telefone aber höhere Strahlenemissionen.

Zwar lagen alle Telefone noch unter den vorgeschriebenen Richtlinien, aber schon jetzt warnten britische Organisationen, Angestellte möchten ihr Mobiltelefon nicht regelmäßig benutzen. Außerdem erarbeitet die britische Regierung ein Informationsheft für Kinder, in dem empfohlen wird, diese Telefone nur für wirklich wichtige Gespräche zu benutzen. Physiker Dr. Gerald Hyland von der Universität Warwick: „Kinder sind besonders gefährdet, weil ihre Schädeldecke dünner und ihr Immunsystem noch nicht voll entwickelt ist."

Auch Karl Ernst von Mühlendahl von der deutschen Akademie für Kinderheilkunde warnt: „Schon relativ geringe Feldintensität haben meßbare Auswirkungen auf biologische Funktionen wie Stabilität von Zellmembranen und die Signalübertragung im Körper." Da sich das kindliche Gehirn noch im Wachstum befinde, sei es anfälliger für Störungen.

Obwohl noch immer nicht endgültig bewiesen ist, ob und wieviel Schaden Handys anrichten können, müssen sie in Großbritannien künftig mit einem Warnhinweis für Kinder unter 16 Jahren versehen werden. Bundesumweltminister Jürgen Trittin forderte in der „Bild am Sonntag", daß die Hersteller die Sendeleistung ihrer Handys angeben sollen.

Der britische Experte Sir William Stewart: „Wir fanden keine Hinweise, daß Telefone Krebs erregen. Es gibt allerdings wissenschaftliche Beweise, die zeigen, daß es bestimmte andere biologische Effekte gegeben hat – auch innerhalb der vorgegebenen Richtlinien." Ein Beispiel dafür ist Steve Rudkin (30), Elektriker aus Stamford (Lincolnshire): „Ich war in meinem Job eineinhalb Stunden täglich am Telefon. Ich bekam schlimme Kopfschmerzen", sagte er. Daraufhin kaufte sich Rudkin einen Telefonhalter mit Kopfhörer und hielt sein Handy nicht mehr direkt ans Ohr. Seitdem sind die Kopfschmerzen weg.

(entnommen: Hamburger Abendblatt, 4. Dezember 2000)

Winternacht

Die Erde schläft.
Die weiße Flockenfülle
deckt Flur und Wald.
Kein Windhauch stört
den Schlummer dieser Nacht.
Die Bäume träumen dick beschneit,
stolz tragen sie des Winters kalte Pracht.

Eisklarer Mond,
am dunklen Himmelsbogen
glänzt Stern an Stern.
Seit Ewigkeiten bricht
die Finsternis der Nacht
ihr tröstend Licht;
der Kummer dieser Welt
stört ihre Bahnen nicht.

Marianne Köhler

Wer kann helfen? Gesucht wird die Hör-Kassette „Runen-Übungen" von und mit Hanna Joel. Bitte gerne melden bei Roland Winkler, Tel. 0221 / 30 90 42 26

US-Anwalt verklagt Vodafone

Der Mobilfunkkonzern Vodafone muß mit einer Milliardenklage rechnen. Der US-Staranwalt Peter Angelos, der für Lungenkrebsopfer Milliarden von der US-Tabakindustrie erstritten hatte, will es nun mit dem größten Mobilfunkkonzern Europas aufnehmen. Seine Klienten sind an Gehirntumoren erkrankte Amerikaner.

Angelos plant, im kommenden März in Kalifornien, Kentucky sowie Maryland und ein Jahr später in sieben oder acht weiteren US- Bundesstaaten Prozesse anzustrengen. „Mobilfunkgesellschaften haben von der Strahlung, die von Handys ausgeht, gewußt und müssen hart bestraft werden, und zwar nicht nur für das, was sie der Öffentlichkeit angetan haben, sondern auch für die Milliardenprofite, die sie daraus gezogen haben", sagte John A. Pica, ein Anwalt der Kanzlei Angelos. Sein Chef gilt als einer er hartnäckigsten Streiter gegen die Industrie. Über Asbest-Prozesse hatte die in 13 Bundesstaaten mit mehr als 100 Anwälten vertretene Kanzlei sich einen Namen gemacht.

Entnommen: Hamburger Abendblatt, 29. Dezember 2000

Bezug der „Stimme des Gewissens"
Lebensschutzinformation - LSI

Wer sich regelmäßig über Lebensschutzfragen unterrichten möchte, erhät bei Rücksendung dieses ausgefüllten Abschnittes und einer Mindestspende von DM 30,- als Dank unsere „Lebensschutz-Informationen (LSI) - Stimme des Gewissens" für ein Jahr zugesandt.

Ich ____________________
(Name)

____
(Anschrift)

habe DM ____________ überwiesen und bitte um Zusendung der LSI.

____
(Datum) (Unterschrift)

Bitte rücksenden an die Bundesgeschäftsstelle, Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho.

Kopieren Sie bitte, Ihnen wichtig erscheinende Beiträge. Geben Sie sie weiter an Freunde und Interessenten! Quellenangabe erwünscht!

Werben auch Sie neue Leser für die STIMME DES GEWISSENS - LEBENSSCHUTZ-INFORMATIONEN



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger: Collegium Humanum und der ehem. WSL-D, Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 73 30
Bankverbindung: Volksbank Bad Oeynhausen, Kto.-Nr. 7815556300 (BLZ 490 612 98)
Schriftleitung: Ernst-Otto Cohrs, Postfach 11 65, 27341 Rotenburg/Wümme, Tel. + Fax: 04261 / 31 06
Anzeigen: Frieda Klinksiek-Jonigkeit, Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Tel.: 05733 / 73 30
Bezugsgebühr: jährlich 30,- DM. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate)
Satz, Gestaltung: Zeitenwende-Gestaltung, PSF 17 07 53, 01242 Dresden, Tel. + Fax: 0351 / 2 54 38 52, www.vz-dd.de
Druck: DEPPE-DRUCK GmbH, Buch- + Offsetdruck, Lange Str. 94, 32602 Vlotho, Telefon 05733 / 5010, Fax 20 79

Jeder Autor zeichnet für seinen Beitrag selbst verantwortlich. Dieser braucht nicht in jedem Fall die Ansicht der Redaktion zu sein.

**Verhalte nun ein wenig.
Dies Jahr wiegt voll und schwer,
und schon kommt sacht ein neues
aus dunklem Urgrund her.**

**Weiß niemand dir zu sagen,
wie es wohl werden mag.
Du mußt es nur erfüllen
mit Hoffnung jeden Tag.**

**Dann wird es dir gelingen
und ganz dein eigen sein.
So wächst es als ein Stückchen
tief in dein Leben ein.**

Hans Bahrs

Mögen die Sturmvögel des Niederganges uns auch schreiend umkreisen, wir schulden es unserer Würde und Sehnsucht nach Schönheit und Tiefe, daß wir das Ungestalte und Abstoßende abdrängen und den Tempel freihalten für das

Erhabene,

daß uns die stärksten und stolzesten Zeugnisse menschlichen Schöpfertums ständig wirksam gegenwärtig sind, auf daß die

Ehrfurcht

die Mitte des Daseins bleibe!

Emil Maier-Dorn

Eine Bitte der LSI-Verwaltung

Leider mußten wir feststellen, daß noch immer eine kleine Anzahl der Leser unserer Informationsschrift STIMME DES GEWISSENS (LSI) die fälligen Jahresbeiträge (mindestens 30,00 DM) für den Bezug der Zeitschrift noch nicht gezahlt hat.
Wir fügen den säumigen Unterstützern nochmals einen Überweisungsträger bei und danken für eine baldige Erledigung.

Ihre Geschäftsstelle Vlotho

Bezug der „Stimme des Gewissens"
Lebensschutzinformation - LSI

Wer sich regelmäßig über Lebensschutzfragen unterrichten möchte, erhält bei Rücksendung dieses ausgefüllten Abschnittes und einer Mindestspende von DM 30,- als Dank die „Stimme des Gewissens" für ein Jahr zugesandt.

Ich ______________________
(Name)

____
(Anschrift)

habe DM ____________ überwiesen und bitte um Zusendung der STIMME DES GEWISSENS.

____
(Datum) (Unterschrift)

Bitte rücksenden an:
Collegium Humanum e.V.
STIMME DES GEWISSENS
Bretthorststraße 204
32602 Vlotho.

Kopieren Sie bitte Ihnen wichtig erscheinende Beiträge. Geben Sie sie weiter an Freunde und Interessenten! Quellenangabe erwünscht!

Werben auch Sie fördernde Mitglieder für den Verein Collegium Humanum und neue Leser für die STIMME DES GEWISSENS!



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.
Herausgeber, Verleger: Collegium Humanum e.V. (vormals WSL-D), Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 73 30
Bankverbindung: Volksbank Bad Oeynhausen, Kto.-Nr. 7815556300 (BLZ 490 612 98)
Schriftleitung: Ernst-Otto Cohrs, Postfach 11 65, 27341 Rotenburg/Wümme, Tel. + Fax: 04261 / 31 06
Anzeigen: Frieda Klinksiek-Jonigkeit, Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Tel.: 05733 / 73 30
Bezugsgebühr: jährlich 30,- DM. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate)
Satz, Gestaltung: Zeitenwende-Gestaltung, PSF 17 07 53, 01242 Dresden, Tel. + Fax: 0351 / 2 54 38 52, www.vz-dd.de
Druck: DEPPE-DRUCK GmbH, Buch- + Offsetdruck, Lange Str. 94, 32602 Vlotho, Telefon 05733 / 5010, Fax 20 79
Jeder Autor zeichnet für seinen Beitrag selbst verantwortlich. In einem demokratisch verfaßten, eingetragenen Verein gibt es keinen Zensor.